

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

61 (1.3.1920) Erstes Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
geteilt monatlich 2,40 M.,
vierteljährlich 7,20 M., an
den Ausgabestellen abgeholt
monatlich 2,30 M.,
vierteljährlich 6,90 M., durch
den Briefträger frei ins
Haus gebracht monatlich
2,55 M., vierteljährlich 7,65 M.

Verlag, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die gegen Montag abzugeben
oder deren Raum 11. 11. 11.
Die Anzeigen 2. 2. 2. 2. 2.
Abend nach Tarif.
Anzeigen-Annahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis 11 Uhr
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortliche:
Geschäftsführer: Dr. 203.
Verlag Nr. 217.
Schriftl. u. a. Nr. 217.

Verantwortlich für Politik: Martin Gollinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den deutschen: Carl Dörmmer und Hermann Weid; für Internat.: Paul Schmidtmann
Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Schindler, Friedenau, Preussentag: 65 65, Teleph.-Amt Umland 2002. Für unverlangte Manuskripte
oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 61.

Montag, den 1. März 1920

Erstes Blatt.

Die Amerika-Hilfe.

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)
v. L. New York, 26. Jan.

Es hat länger gedauert, als wir hofften, die Deutschland-Hilfe in Amerika zu organisieren. Als wir uns an jenem Juli-Abend versammelten und das Werk begannen, glaubten wir in unserer Begeisterung schon in wenigen Wochen viele Schiffsabgaben ins alte Vaterland schicken zu können. Es kam anders, und daran sind wir nicht allein schuld, im Gegenteil, wir dürfen sagen, daß die Verzögerung trotz unserer großen und opfermütigen Anstrengungen eingetreten ist. Die unerwarteten Hindernisse waren gewaltiger Art, und unsere deutschen Stammesgenossen müssen sich glauben, wenn wir sagen, daß es ebenso riesiger Anstrengungen bedurfte, um sie zu überwinden. Da wir aber nun einmal Verpflichtungen gemacht haben, die zum Teil wenigstens vorläufig vorerfüllt werden, weil wir den plötzlichen auftauchenden Widerstand nicht erwartet hatten, so gehört es sich, daß wir gewisse Rechenschaft ablegen, denn es scheint, daß man in Deutschland recht enttäuscht ist, weil unsere Gaben noch nicht in dem Umfang eingetroffen sind, den man mit Recht erwarten durfte.

Man soll niemanden, der zu einem Werk der Menschlichkeit befreit, tadeln, weil er vielleicht nicht so schnell oder so reichlich gibt, wie von ihm erwartet wurde. Die nachstehenden Auseinandersetzungen sind also nicht als eine Kritik dessen, was geschehen — oder richtiger: unterblieben — ist, zu betrachten. Sie sollen nur aufklärend wirken und die Enttäuschung oder vielleicht sogar den Groll, der sich in deutschen Herzen einzunisten droht, verheugen. Alle Hindernisse sind jetzt gehoben, aller Kleinmut und alle Leiber zu lange vorhandene Scheu vor Unannehmlichkeiten sind geschwunden, und die Arbeit geht in vollem Umfang ihren Gang. Man muß ihre Wirkung in Deutschland bereits spüren, und wenn das nicht so allgemein der Fall sein sollte, wie wir es wünschen, so wird es doch bald eintreten.

Man soll niemanden, der zu einem Werk der Menschlichkeit befreit, tadeln, weil er vielleicht nicht so schnell oder so reichlich gibt, wie von ihm erwartet wurde. Die nachstehenden Auseinandersetzungen sind also nicht als eine Kritik dessen, was geschehen — oder richtiger: unterblieben — ist, zu betrachten. Sie sollen nur aufklärend wirken und die Enttäuschung oder vielleicht sogar den Groll, der sich in deutschen Herzen einzunisten droht, verheugen. Alle Hindernisse sind jetzt gehoben, aller Kleinmut und alle Leiber zu lange vorhandene Scheu vor Unannehmlichkeiten sind geschwunden, und die Arbeit geht in vollem Umfang ihren Gang. Man muß ihre Wirkung in Deutschland bereits spüren, und wenn das nicht so allgemein der Fall sein sollte, wie wir es wünschen, so wird es doch bald eintreten.

Das Zentral-Komitee, das geschaffen worden war, machte es sich zunächst zur Aufgabe, angelegene und als durch und durch patriotisch bekannte Amerikaner zu gewinnen. Das nahm Zeit und Arbeit, gelang aber. Neben dem fast nur aus Deutsch-Amerikanern bestehenden Zentral-Komitee wurde ein anderes geschaffen, das beinahe ausschließlich aus Amerikanern zusammengesetzt ist. Freilich mußte auch dieses mit Vorzicht auftreten. Es beschloß, sich ausschließlich mit Hilfe für die darbedürftigen Kinder in Deutschland und Oesterreich zu befassen. Dadurch wurde die Möglichkeit ausgeschaltet, daß ihm vorgeworfen werden könnte, es wolle den Feind in den Stand setzen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Es gibt ja hier tatsächlich noch Leute, die ernstlich glauben, daß deutsche Volk warte nur auf den Augenblick, wo es fähig ist, um dann über die Amerikaner herzufallen. Englische Propaganda nährt diesen Köhlerglauben mit Eifer. An der Spitze dieses neuen Komitees steht Herbert C. Hoover, der für die ihm übergebenen Summen Lebensmittel, meist Milch und andere Nahrung für Kinder, nach Deutschland aus seinen in Europa vorhandenen Vorräten liefert. Bis heute sind ihm etwa 300 000 Dollar für diesen Zweck übergeben worden. Diese Organisation wird jetzt über das ganze Land ausgedehnt. Um allen

Vorurteilen zu begegnen, machte Hoover es zur Bedingung, die Verteilung durch Amerikaner ausführen zu lassen, und schickte zu diesem Zweck eine Abordnung von Quätern nach Deutschland. Die Quäter hatten nämlich schon vorher von Philadelphia aus dieses Hilfswerk auf eigene Faust in die Hand genommen und können kaum genug gepriesen werden. Als man einmal die Amerikaner mit im Komitee hatte, fochten auch die reichen Deutsch-Amerikaner Mut und feuerten größere Summen bei.

Unser Aufgabe.

6. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:
Der Streik der französischen Eisenbahner ist nur ein neues Symptom für die überaus schmerzhafte Lage, in der sich die „Siegreiche“ Republik befindet. Die Gefahr einer direkten sozialen Revolution ist allerdings zunächst nicht vorhanden, da die sozialistischen Parteien in ihren verschiedenen Schattierungen, wie auch der letzte in Strassburg abgehaltene Kongress trotz großer Worte bewiesen hat, heute politisch machtlos sind. Aber wie will das nationalistische französische Bürgertum, das immer nur haferfüllt nach dem Abteil hinkarrt, von wo es unendliche Kriegsentschädigungen erwartet, sich gegen die weitere Ruinierung des eigenen Wirtschaftslebens wehren, die eine unausbleibliche Folge solcher riesigen Verkehrsstöße sein muß?

In der Presse verkennt man gar nicht, daß der große radikale Generalstreikverband, die C.G.T., auf einen politischen Generalstreik ohne offizielle Beteiligung der sozialistischen Parteien hinarbeitet, um gegen den bisherigen Parlamentarismus auch in Frankreich eine Diktatur des Proletariats anzubahnen. Wann wird die Stunde kommen, wo in Paris Realpolitiker für ein Zusammengehen mit Deutschland zum Zwecke des gemeinsamen Wiederaufbaues sich finden werden? Die französische Ansprache in der Kollentrage geben leider wenig Hoffnung.

Wir müssen also unsererseits der Entwicklung in Frankreich selbst, die nur schlecht sein kann, freien Lauf lassen und in der Wahrung unserer eigenen Rechte uns selbst zeigen und zum Teil auf die bessere Einsicht Englands hoffen, die sich ja auch in dem letzten Wahlzuge des Liberalen Aquilts gezeigt hat.

Es werden natürlich sehr vor der neuen Ernte noch sehr schwere Monate für uns kommen, und es ist sehr traurig, daß in England wie vor allem in Amerika die Einsicht für die Abfuhr des Versäueren Gewaltfriedens so langsame Fortschritte macht. Wir müssen aber gerade jetzt durchhalten und dürfen uns nicht durch innere Streitigkeiten weiter schwächen. Wir müssen vor allem Frankreich gegenüber unbedingt eine feste, würdige Abwehrstellung einnehmen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, arbeitet die Zeit für uns, was auch für den Osten gilt, wo zum Beispiel die Polenherkunft Warschaws sich politisch wie wirtschaftlich bereits sehr fruchtig zeigt. Dieses aufgeblühene neue Staatswesen lebt heute zwischen Volkseindringern und Valuaelend, das noch viel schlimmer als in Deutschland ist, tatsächlich nur von der Gnade der Entente, und diese Rechnung wird natürlich schließlich doch auch in Paris zu hoch werden.

Der Eisenbahnstreik in Frankreich.

Paris, 1. März. (Wolff.) Die Streiklage war gestern abend folgende: Die Nord-, die Staats- und Orleansbahnen sind weniger betroffen als die Ostbahn und die Paris-Orléans-Mittelmeerbahn. Auf allen Strecken konnten Züge abgefahren werden. Die Minister der öffentlichen Arbeiten, des Innern, des Handels und der Versorgung hatten gestern eine Reihe von Besprechungen. Sie beschloßen, vor allen Dingen die leicht verderblichen Waren, die auf den Bahnhöfen lagern, unmittelbar an die Bevölkerung abzugeben, teilweise sogar kostenlos. Die Angehörigen der Eisenbahnen haben gestern nachmittag die Fortsetzung des Streikes beschlossen.

Paris, 1. März. (Wolff.) Der Föderat der Eisenbahner erklärte, er habe angesichts des unverständigen Starrsims der Regierung, die die Verantwortung für die Verschärfung des Konflikts trage, beschlossen, den Eisenbahnern sämtlicher Eisenbahnlinien in Frankreich den Befehl zur Arbeitsseinkhaltung zu geben. Die Gewerkschaft der Eisenbahner erklärt, sie habe alle Mittel erschöpft, um zu einem Einverständnis zu gelangen. Sie sei bei der Eisenbahngewerkschaft Paris-Orléans-Mittelmeerbahn, beim Minister für öffentliche Arbeiten und beim Ministerpräsidenten vorstellig geworden und habe um Einstellung der Maßregelungen unter der Zusage eines schiedsgerichtlichen Verfahrens nachgeholt, doch sei sie auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen. Sie habe infolgedessen beschlossen, die Arbeit auf allen Eisenbahnlinien anzuhalten. Auch der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes ist heute morgen zusammengetreten. Die Eisenbahner sollen mit der Regierung verhandeln, um die Lebensmittellieferung sicherzustellen. Heute abend 7 Uhr wird der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Deschanel zusammengetreten.

Paris, 1. März. (Wolff.) Ministerpräsident Millerand hat gestern vormittag Pressevertretern erklärt, im allgemeinen könne man sagen, daß 24 Stunden nach

Zwischen hat das vorher erwähnte Zentral-Komitee, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Deutsch-Amerikaner zu organisieren, dies in umfassender Weise zugebracht. Um aufrichtig zu sein, muß zugestanden werden, daß nach der Ansicht vieler, in solchen Unternehmen erfahrenen Männer, etwas zaghaft und langsam verfahren wurde, und daß sich ein bedauerlicher Zug fühlbar machte, bei der Auswahl der Helfer mehr auf die gesellschaftliche und geschäftliche Stellung, als auf den Willen

zur Arbeit und die Tatkraft zu achten. Das wirkte stellenweise lähmend. Auf der anderen Seite schuf es gerade die Fronte, die bei solchen Bewegungen amtierend wirkt. Die Elemente, die sich vernachlässigt glaubten und denen nicht schnell genug gearbeitet wurde, taten sich auf eigene Faust zusammen, nahmen seine Rücksicht auf die möglichen Folgen für sich selbst und machten sich an die Arbeit. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sie das Zentral-Komitee zwingen zu handeln, ehe die Mühsal dazu vorlag. Die ersten großen Maßnahmen wurden auf diese Weise viel eher veranlaßt, als sonst geschehen wäre.

Die unabhängige Organisation ging noch weiter. Sie beschloß, den Versuch zu machen, vor die Öffentlichkeit zu treten, und arrangierte einen Bazar. In kleinem Maßstab natürlich, denn man konnte ja nicht wissen, ob er nicht von den Durra-Patrioten gestört werden würde. Das Unternehmen war ein voller Erfolg. In fünf Tagen und in einem kleinen Lokal wurden nahezu 40 000 Dollar aufgebracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nun wieder ein Aftersbazar folgen wird, der uns eine Million bringt. Es war nur nötig, den Mut zu haben, der nicht bedächtig an vielleicht mögliche unangenehme Folgen denkt. Der war da, und hat sich glänzend bewährt. Alle Bedenken sind jetzt geschwunden und niemand hat mehr das Recht, sich zu verziehen oder zurückzubalten. Das Beispiel wird im ganzen Lande zündend wirken und wieder einmal hat der kleine Mann dem großen gezeigt, wie es gemacht werden muß, und ihn zum Handeln gezwungen. Darüber ließe sich noch viel sagen, aber es genügt, daß die Hilfe nun schnell und reichlich kommen wird. Dafür sind wir alle dankbar.

Die Wahlen zu den Betriebsräten.

Von Gustav Scheller-Sachsen, M. d. R.
Die nächsten Wochen werden die Wahlen zu den Betriebsräten bringen. Sie werden zeigen, ob die Stimmung der Arbeitnehmer dem gesunden sozialen Fortschritt der radikalen Heberhebung zuneigt. Zweifellos werden die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten versuchen, die Wahlen zu einer politischen Kampfabgabe zu machen. Das Vorispiel am 13. Januar vor dem Reichstage war deutlich genug; allerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß es fortgesetzt werden soll. Verstanden doch die Unterführer laudant, laudant, daß das Betriebsrätegesetz sabotiert werden müsse. Nicht aber durch Wahlenthaltung, sondern durch stärkste Wahlbeteiligung, um eine Aufzählung der Betriebsräte herbeizuführen, die jede sachliche Arbeit von vornherein unmöglich macht. Hier entsteht eine Gefahr, die den gesunden sozialen Fortschritt, den das Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmern angedeihen bringt, zunichte machen kann, wenn die klar denkenden Arbeitnehmer sich nicht zu entschlossener Abwehr zusammenschließen. Sowohl in Arbeiter- wie in Angestelltenkreisen muß man sich darüber klar sein, daß nun der Beweis zu liefern ist, daß auf einer, trotz aller Anfeindungen, guten und brauchbaren Grundlage der Unterbau für den sozialen Ausgleich und die Eingliederung der Arbeitnehmer als gleichberechtigte Mitglieder des Wirtschaftslebens geschaffen werden kann. Gelinzt es nicht, dann ist der weitere Ausbau der Arbeitsverhältnisse, wie er im Artikel 166 der Verfassung und in den weiter vorzulegenden Gesetzen über Arbeitsgerichte und Arbeitsrecht angedeutet ist, fast abgelehnt. Denn das Mißlingen würde von den Geometern der Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses als harter Trübsal gegen weitere Verbesserungen auszuwirken werden. Darum ist es notwendig, daß alle Arbeitnehmer, die das Wiedererhalten unseres Wirtschaftslebens wollen, sich zu gemeinsamem Handeln aufstellen.

Wiederintraffsetzung der „Kriegseinschränkungen“ in Frankreich.

Paris, 29. Febr. (Wolff.) Ab 1. März werden im großen und ganzen alle Einschränkungen aus der Kriegszeit wieder in Kraft treten. So werden Kaffeln nur denjenigen bewilligt werden, die keine andere Heizmöglichkeit haben. Die Kaffees, Restaurants und Hotels müssen um 10 Uhr schließen, die Theater, Konzertsäle und kinematographischen Theater um 9 Uhr.

Wegito.

Paris, 1. März. Die Na. Sabas meldet aus Washington, daß amerikanische Banditen am 28. Februar den ehemaligen amerikanischen Konsul in Manzanillo, Merill, gefolter haben.

Behrmann Hollweg und die Friedensmöglichkeit 1917.

Die Sendung des Nuntius Pacelli.
Berlin, 1. März. (Wolff.) Der ehemalige Reichsanwalt v. Behrmann Hollweg verfaßte in der „Deutschen Allg. Ztg.“ einen Beitrag zu den Erörterungen über die Friedensmöglichkeit im Frühjahr 1917. Den Hauptpunkt, an den v. Behrmann Hollweg die Anschauung knüpft, daß eine solche Möglichkeit tatsächlich vorgelegen hat, bildet eine Unterredung, die er am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli hatte. v. Behrmann Hollweg sagt u. a.:

Mit dem Auftrage, dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Mons. Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Der Mons. legte bei dieser Gelegenheit eine Reihe bestimmter gefasster Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich den Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handelte, daß der Nuntius sich vielmehr eines genau formulierten Auftrages erledigte. Ich habe die einzelnen Fragen des Nuntius Pacelli dahin beantwortet, daß wir zu Abhängigkeitsbedingungen im Falle der Unfähigkeit durchgängig bereit seien, und daß wir grundsätzlich internationalen Schiedsgerichten zustimmen. Bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir keine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden, doch dürfe Belgien politisch, militärisch und finanziell nicht unter die Herrschaft Englands und Frankreichs geraten. Mit Frankreich werde sich in der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen ein Weg der Verständigung über das Vorkriegsleben finden lassen. Am 29. Juni wurde Nuntius Pacelli im Großen Hauptquartier von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen. Der Kaiser erkannte bei dieser Unterredung die besondere Eignung und das besondere Interesse der katholischen Kirche als Friedensvermittlerin an. Die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, dürfe nicht durch die Sozialdemokratie, sondern müsse durch den Papst herbeigeführt werden. Dies, schloß Behrmann Hollweg, war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius Pacelli genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Militärtribunal gerufen. Auf die weitere Entwicklung der Dinge habe ich daher keinen Einfluß mehr gehabt.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

zur Arbeit und die Tatkraft zu achten. Das wirkte stellenweise lähmend. Auf der anderen Seite schuf es gerade die Fronte, die bei solchen Bewegungen amtierend wirkt. Die Elemente, die sich vernachlässigt glaubten und denen nicht schnell genug gearbeitet wurde, taten sich auf eigene Faust zusammen, nahmen seine Rücksicht auf die möglichen Folgen für sich selbst und machten sich an die Arbeit. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß sie das Zentral-Komitee zwingen zu handeln, ehe die Mühsal dazu vorlag. Die ersten großen Maßnahmen wurden auf diese Weise viel eher veranlaßt, als sonst geschehen wäre.

Die unabhängige Organisation ging noch weiter. Sie beschloß, den Versuch zu machen, vor die Öffentlichkeit zu treten, und arrangierte einen Bazar. In kleinem Maßstab natürlich, denn man konnte ja nicht wissen, ob er nicht von den Durra-Patrioten gestört werden würde. Das Unternehmen war ein voller Erfolg. In fünf Tagen und in einem kleinen Lokal wurden nahezu 40 000 Dollar aufgebracht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nun wieder ein Aftersbazar folgen wird, der uns eine Million bringt. Es war nur nötig, den Mut zu haben, der nicht bedächtig an vielleicht mögliche unangenehme Folgen denkt. Der war da, und hat sich glänzend bewährt. Alle Bedenken sind jetzt geschwunden und niemand hat mehr das Recht, sich zu verziehen oder zurückzubalten. Das Beispiel wird im ganzen Lande zündend wirken und wieder einmal hat der kleine Mann dem großen gezeigt, wie es gemacht werden muß, und ihn zum Handeln gezwungen. Darüber ließe sich noch viel sagen, aber es genügt, daß die Hilfe nun schnell und reichlich kommen wird. Dafür sind wir alle dankbar.

Die Wahlen zu den Betriebsräten.

Von Gustav Scheller-Sachsen, M. d. R.
Die nächsten Wochen werden die Wahlen zu den Betriebsräten bringen. Sie werden zeigen, ob die Stimmung der Arbeitnehmer dem gesunden sozialen Fortschritt der radikalen Heberhebung zuneigt. Zweifellos werden die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten versuchen, die Wahlen zu einer politischen Kampfabgabe zu machen. Das Vorispiel am 13. Januar vor dem Reichstage war deutlich genug; allerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß es fortgesetzt werden soll. Verstanden doch die Unterführer laudant, laudant, daß das Betriebsrätegesetz sabotiert werden müsse. Nicht aber durch Wahlenthaltung, sondern durch stärkste Wahlbeteiligung, um eine Aufzählung der Betriebsräte herbeizuführen, die jede sachliche Arbeit von vornherein unmöglich macht. Hier entsteht eine Gefahr, die den gesunden sozialen Fortschritt, den das Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmern angedeihen bringt, zunichte machen kann, wenn die klar denkenden Arbeitnehmer sich nicht zu entschlossener Abwehr zusammenschließen. Sowohl in Arbeiter- wie in Angestelltenkreisen muß man sich darüber klar sein, daß nun der Beweis zu liefern ist, daß auf einer, trotz aller Anfeindungen, guten und brauchbaren Grundlage der Unterbau für den sozialen Ausgleich und die Eingliederung der Arbeitnehmer als gleichberechtigte Mitglieder des Wirtschaftslebens geschaffen werden kann. Gelinzt es nicht, dann ist der weitere Ausbau der Arbeitsverhältnisse, wie er im Artikel 166 der Verfassung und in den weiter vorzulegenden Gesetzen über Arbeitsgerichte und Arbeitsrecht angedeutet ist, fast abgelehnt. Denn das Mißlingen würde von den Geometern der Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses als harter Trübsal gegen weitere Verbesserungen auszuwirken werden. Darum ist es notwendig, daß alle Arbeitnehmer, die das Wiedererhalten unseres Wirtschaftslebens wollen, sich zu gemeinsamem Handeln aufstellen.

Wiederintraffsetzung der „Kriegseinschränkungen“ in Frankreich.

Paris, 29. Febr. (Wolff.) Ab 1. März werden im großen und ganzen alle Einschränkungen aus der Kriegszeit wieder in Kraft treten. So werden Kaffeln nur denjenigen bewilligt werden, die keine andere Heizmöglichkeit haben. Die Kaffees, Restaurants und Hotels müssen um 10 Uhr schließen, die Theater, Konzertsäle und kinematographischen Theater um 9 Uhr.

Wegito.

Paris, 1. März. Die Na. Sabas meldet aus Washington, daß amerikanische Banditen am 28. Februar den ehemaligen amerikanischen Konsul in Manzanillo, Merill, gefolter haben.

Behrmann Hollweg und die Friedensmöglichkeit 1917.

Die Sendung des Nuntius Pacelli.
Berlin, 1. März. (Wolff.) Der ehemalige Reichsanwalt v. Behrmann Hollweg verfaßte in der „Deutschen Allg. Ztg.“ einen Beitrag zu den Erörterungen über die Friedensmöglichkeit im Frühjahr 1917. Den Hauptpunkt, an den v. Behrmann Hollweg die Anschauung knüpft, daß eine solche Möglichkeit tatsächlich vorgelegen hat, bildet eine Unterredung, die er am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli hatte. v. Behrmann Hollweg sagt u. a.:

Mit dem Auftrage, dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Mons. Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Der Mons. legte bei dieser Gelegenheit eine Reihe bestimmter gefasster Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich den Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine unverbindliche Konversation über Friedensmöglichkeiten handelte, daß der Nuntius sich vielmehr eines genau formulierten Auftrages erledigte. Ich habe die einzelnen Fragen des Nuntius Pacelli dahin beantwortet, daß wir zu Abhängigkeitsbedingungen im Falle der Unfähigkeit durchgängig bereit seien, und daß wir grundsätzlich internationalen Schiedsgerichten zustimmen. Bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß wir keine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden, doch dürfe Belgien politisch, militärisch und finanziell nicht unter die Herrschaft Englands und Frankreichs geraten. Mit Frankreich werde sich in der Form gewisser gegenseitiger Grenzberichtigungen ein Weg der Verständigung über das Vorkriegsleben finden lassen. Am 29. Juni wurde Nuntius Pacelli im Großen Hauptquartier von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen. Der Kaiser erkannte bei dieser Unterredung die besondere Eignung und das besondere Interesse der katholischen Kirche als Friedensvermittlerin an. Die Möglichkeit, ernsthaft über den Frieden zu reden, dürfe nicht durch die Sozialdemokratie, sondern müsse durch den Papst herbeigeführt werden. Dies, schloß Behrmann Hollweg, war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius Pacelli genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Militärtribunal gerufen. Auf die weitere Entwicklung der Dinge habe ich daher keinen Einfluß mehr gehabt.

nur die Reichsrenten und 24 Jahre alten, Ver- aussetzung ist, daß sie 6 Monate im Betriebe be- schäftigt sind und 3 Jahre dem Berufs- oder Ge- werbeszweig angehört haben. Jedoch kann von die- sen drei Erfordernissen abgesehen werden, wenn nicht genügend mögliche Arbeitnehmer im Betrieb vorhanden sind. Bei schwerbeschädigten ist von dem Erfordernis der dreijährigen Berufs- oder Gewerbe- angehörigkeit allgemein abzusehen.

In land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist der Betriebsrat, neben dem Einzelbetriebsrat, wenn 10 ständige Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Für die Wahl ist eine besondere Wahlordnung er- lassen, die genaue Anweisungen über die Wahl- ordnung der einzelnen Vorschriften enthält. Sie muß unbedingt in den Händen des Wahlvorstandes sein.

In gleichartigen oder dem Betriebszweige nach zusammengehörigen Betrieben, wenn sie sich immer- halb einer Gemeinde oder wirtschaftlich zusammen- hängender, nahe beieinander liegender Gemeinden in der Hand eines Eigentümers befinden, kann durch übereinstimmende Beschlüsse ein Gesamt- betriebsrat, neben dem Einzelbetriebsrat, der an die Stelle der Einzelbetriebsräte tritt, errichtet werden. Dies kann aber erst nach erfolgter Wahl der Be- triebsräte geschehen.

Von der Möglichkeit, daß die Wahlen von Arbeit- ern und Angehörigen gemeinsam vorgenommen werden, wird nicht kaum Gebrauch gemacht werden. Die große Selbständigkeit der Angestelltenbewegung auch bei den Wahlen zum Ausdruck zu bringen, Ein- druck des demokratischen Fraktions nachdrück- lich unterliegt wurde. Wie es ja auch ihrem Ein- treten zu erwarten ist, daß die besonderen Interessen der Angestellten im Angestelltenrat ihre Vertretung finden.

Nicht gilt es zu zeigen, daß unter den Angestell- ten und Arbeitern sachkundige Männer sind, die aus dem Betriebsrat auch ein Instrument des eigenen Fortschritts, oder auch des Wirtschaftsfriedens zu machen verstehen. Darin liegt die Bedeutung der Betriebsratswahlen.

Der Kriegsbund.

In der Stadtholmer Zeitung „Mittwochblatt“ er- schien kürzlich ein Aufsatz des schwedischen Wirt- schaftlers Ernst Liljedahl über den „Kriegsbund“, den er sehr richtig als „Kriegsbund“ bezeich- net, und der bei jedem deutschen Leser Bemühung und Freude über den Gerechtigkeitsinn und das herzliche Mitempfinden der uns stammverwandten Schweden erwecken muß. Wir geben den Artikel nachstehend wieder:

Vor Friedensschluß in Versailles bildeten die Feinde Deutschlands einen „Bund der Ratio- nen“ zum Zwecke der Fortsetzung der Ein- zurechtsetzung gegen das stärkste Volk der germanischen Rasse. Nun fordert man, daß das reinste Volk dieser Rasse, die Bevölkerung uneres Schwedens, sich diesem aggressiven Bund anschließen und somit der Brust des befreundeten Volkes einen Dolch stecken soll. Viel Unmenschlich- keit hat die Geschichte des letzten Jahres aufzuwei- sen, es scheint aber, daß der Ruf noch ausbleibt.

Durch den Eintritt in den Krieg, in dem die Enten- te sich im Namen des „Völkerbundes“ zum Ver- treter aller Völker auf Erden macht, beteiligt Schweden sich an dem unerbittlichen Kampf um ein angebliches Opfer, dessen Ausbeutung augenschein- lich der höchste Genuß der Entente ist. Wir sehen, wie viele sogenannten Staatsmänner Deutschlands an Gut und Blut ausblinden, wie sie es nicht bei den 300 Kindern bewenden lassen, die sie täglich in deutschen Gefangenen erdrosseln, sondern verlangen nach Deutschland die Vorkriegsstände. Sie fordern, einen Hindenburg, Ludendorff, Hindenburg und an- deren als Nahrung für den unergiebigen Mäde- lungsbund. Wir sehen, wie diese Führer des Völker- bundes das tapferste Volk der Erde erdrücken wollen, weil es in der freiwilligen Auslieferungfrage sich auf das hohe Ideal des Rechts beruft. Wir sehen eine Politik der Grausamkeit und der Mache eine An- zahl deutsche Offiziere als Schlachtopfer für diesen Ententekrieg fordern, zu dessen Gefolgschaft nun auch das Volk Englands und Frankreichs sich er- niedrigen soll! Man verlangt sogar, daß das Volk, das einst unter Gustav Adolf die Welt aus der tiefsten Düsternis, die es je gab, rettete, nun seine Hufe niederlegen und das Feuer ausgehen

lassen soll, das es einst in großen, heiligen Zeiten brennen ließ.

Dies gibt uns Anlaß, uns täglich um unsere Zu- kunft zu kümmern und die Herren darüber zu be- fragen: was haben wir Schweden getan, daß man uns ein so schändliches An- sehen stellt? Die Antwort kommt nicht aus den Wollen, sondern muß in uns selbst gefunden werden durch eine gehörige Selbsterziehung. Was ist aus dem Löwen geworden, der einst in der schwedi- schen Brust wohnte? Die einzige Mühseligkeit, die wir noch besitzen, scheint die zu sein, uns mit unserer Freiheit zu brüsten. Soll das nun auch geschehen bei der Antwort auf die Einladung der Entente zum Völkerbundsbeitritt? Oder soll die traditionsstarke Auslandspolitik, die Schweden lange geführt hat und deren letzter Träger das Ministerium Hammarskjöld war, wieder im allge- meinen Lärm ihre Stimme erheben und feierlich er- klären, daß wir ein freies und selbständiges Reich bleiben wollen?

Es ist nicht Schweden, das eine Friedens- und Rechts-Schule bei den Erzherrn des Verjährt- friedens zu besuchen braucht, indem es in ihren Ring eintritt, oder wenn diese lernen wollen, was menschliche Gefühle sind und wie ein mehr als 100jähriger Friede in auslandspolitischer Handlung bewirkt wird, dann mögen sie hierher reisen. Der Bund, zu dem man uns einlädt, ist nichts anderes als ein maskierter Kriegsbund, der sich gegen das größte Volk der germanischen Rasse richtet. Außerhalb der Nord- nordischen Gemeinschaft steht sein Volk höher als dieses, und solange keine Aufnahme in den Völ- kerbund als gleichberechtigtes Mitglied in den Augen der Entente undenkbar ist, ist die Absicht, die dieser Bund verfolgt, offenbar.

Zur Lage.

Die Lage im Reich hat durch den Verzicht der Entente auf die strikte Durchführung der schmerzvollen Aus- lieferungsbestimmungen des Versailler Vertrags eine Entspannung erfahren. Wir sind zwar in dieser Frage noch lange nicht über den Berg, aber es kann nicht ge- lungen werden, daß die feste, dabei maßvolle Haltung der Reichsregierung einen Erfolg erzielt — den ersten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Mögen ihm bald weitere folgen.

Inzwischen hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Fall Erzberger konzentriert, der durch die vorläufige, auf eigenen Antrag erfolgte Amtsenthebung des Reichsfinanzministers in das alte Stadium trat, obwohl der Prozeß, der den Stein ins Rollen gebracht hat, noch nicht abgeschlossen ist. Was diese Gerichts- verhandlung angeht, wie immer sie will: Geffertich wird wohl sein Hauptziel — die Entfernung Erzbergers aus der Regierung — erreichen. Auch wer darüber Benennung empfindet, wird sich hüten müssen, zu übersehen, daß der Kampf des Herrn Geffertich und der gesamten Rechten gar nicht so sehr der Person Erzbergers, als vielmehr dem ganzen gegenwärtigen politischen System der Demokratie gilt. Dabei ist geistlich da- rauf hinzuweisen, daß die meisten Dinge, die Erz- berger zur Zeit geleistet werden, unter der Herrschaft des alten Systems, das sie uns zurückbringen wollen, passiert sind. Und hier heißt es für die Koalitionsparteien einen biden Strich ziehen zwischen sich und der wilden Gehe der Rechten. Ob Herr Erzberger die „weiße Weste“ hat, die ein Minister haben muß, oder ob er sie nicht hat, an der Zeit, daß die Demokratie und die Demo- kratie allein Deutschland retten kann, ändert das gar nichts. Wenn er geistlich hat, soll er gehen, und wird er gehen. Bleiben muß und wird aber das derzeitige Regierungssystem, wenn anders unser Volk nicht in eine zweite Revolution hineingeführt werden soll. Das aber ist es gerade, was die Rechte will: sie will die innere Kon- solidierung, die sich trotzdem und trotz alledem anbahnt, verhindern. Ihre ganze Wirksamkeit läuft darauf hinaus, die Regierung zu destabilisieren. Wir sagen das bei der Anklage, daß sie den zweifellos suchenden Erfolg der Regierung zu verkleinern suchen und wir sehen es bei der parteipolitischen Ausschlach- tung des Falles Erzberger. Alles, was legendäre ge- eignet erscheint, dem Ansehen der jetzigen Regierung zu schaden, wird vorgehört und breitergetrieben. Und dabei haben wir doch gerade jetzt nichts nötiger als eine Stär- kung der Regierungsmoralität nach jeder Richtung! Man wird gut daran tun, bei der Beurteilung des Falles Erzberger auch an diese Seite der Angelegenheit zu

denken — das Urteil über die persönlichen Quali- täten Erzbergers wird dadurch nicht berührt.

Wie stupplos die Rechte zu Werke geht, zeigte sich auch dieser Tage wieder im badischen Landtag, als es anlässlich der Beratung des dritten Nachtrags zum Staatsvoranschlag zu einer politischen Auseinander- setzung kam. Troßdem die deutschnationalen Fraktion der angeforderten Summe zustimmte, bezeichnete einer ihrer Redner die badische Finanzwirtschaft als eine ungeliebte Wirtschaft — ein Vorwurf, dem die tat- sächliche Grundlage fehlt, der aber trotzdem erhoben wird, weil man eben um jeden Preis Opposition machen will. Deutschnationalen, Unabhängigen und Sozialisten ziehen dabei einträchtiglich an selben Strang. In der erwähnten Landtagsitzung wurde dem deutschnationalen Redner geistlich heimgeleuchtet. Es waren insbesondere die Abgeordneten Dietrich und Glöckner von der deut- schen demokratischen Partei, die klar heraussprachen, auf was es ankommt: Unser Volk befindet sich in einer so juristi- schen schweren Lage, daß jedermann, dem es ernst ist, um die deutsche Zukunft am Wiederaufbau positiv mitarbeiten muß. Kritizieren ist leicht, bringt uns aber nicht weiter. Helfen kann nur die praktische Mitarbeit, und deshalb bedeutet die Mitwirkung in der Regierung eine vaterländische Tat.

Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß heute und in absehbarer Zeit nur der eine nationale Politik macht, der — auch wenn es ihm noch so schwer wird — unter Juristerei alle feinsten Sonder- und Partei- interessen den Blick richtet auf das große Ganze und sich im Interesse des Vaterlandes einordnet in den Rahmen der bestehenden Koalitionspolitik. Für die Deutsche Demokratische Partei jedenfalls wird dieser, im wahren Sinne des Wortes vaterländische Gedanke Richtschnur sein.

Die deutsche Republik.

Das Zentrum und Erzberger.

Nach einer Meldung des Wolff-Bureaus ha- ben die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraction der Deutschen Nationalversammlung gelegentlich ihrer Zu- sammenkunft am 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert. Eine endgültige Stellungnahme wurde, wie von be- teiligter Seite mitgeteilt wird, in Uebereinstim- mung mit dem Beschlusse des Reichsparteitag am 22. Januar, vorbehalten, bis die tatsä- chliche Feststellung des Urteils in der schwedischen Straffache gegen Dr. Geffertich und das Ergebnis des Verfahrens vor der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegt. Berichte der Presse künden als genügende Grundlage für eine endgültige Stellungnahme nicht dienen. Dieser Standpunkt wurde in der Besprechung des Ausschusses der Mehrheits- parteien am 28. Febr. als richtig anerkannt.

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz.

Bei den Vorarbeiten für das Reichsjugend- wohlfahrtsgesetz war ursprünglich vorgesehen, den Entwurf eines eigens zu diesem Zweck einzube- stimmenden Sachverständigenrates, dem hervorragende Sachkenner der Jugendwohlfahrt aus dem gesamten Reich angehören sollten, zur Begutachtung vorzu- legen. Es hat sich im weiteren Verlauf der Bear- beitung jedoch als unzulässig herausgestellt, bereits zu den Vorarbeiten selbst einen kleineren Kreis von Sachverständigen hinzuzuziehen, dem der Entwurf zur Begutachtung und Durchführung unterbreitet worden ist. Der Reichsminister des Innern, Dr. Glöckner, hält aus diesen Gründen und ferner, um den Entwurf noch rechtzeitig der Nationalversammlung vorlegen zu können, die geplante große Sachver- ständigenkonferenz für unzulässig, beabsichtigt je- doch, noch den Entwurf vor seiner Einbringung in den Reichstag einer eingehenden Durchberatung an un- ungenügend, zu der er die Reichsräte aller deut- schen Länder eingeladen hat; dem Ermessen der Landesregierungen überläßt der Reichsminister die Fällungnahme mit den ihnen nahegelegenen Sach- verhältnissen.

Aus der Sozialdemokratie.

Auf dem außerordentlichen Verbandstage der sozial- demokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlins, an dem Ministerpräsident Dietrich, Kultusminister Haenisch

Badisches Landestheater.

Liebelei von Arthur Schnitzler.

So großartig auch „Kultur“ und die ältere Stücke Schnitzlers sind, sie haben doch gerade zu volkstümliche Elemente in sich: Sentimen- talität, Gemüt, Herz, Niedermäßigkeit. Gewiß sind diese Wesenheiten von dem aus feinste ge- schicklichen Stil, von einer eleganten Franzö- sischkeit, die die Dürrentrags ins gemäßigtere fähige Mademoiselle geistlich hat, von einer echten Psychologie und, es läßt sich nicht leugnen, auch zuweilen von Feinlebensgefühl zugegeben, aber vorhanden sind sie. Admont man nicht gerade vor die so ungemein charakteristische „Liebelei“ das Motto setzen:

„Ein bißel Lieb und ein bißel Treu Und ein bißel Falschheit ist allweil dabei!“

Das bißel Falschheit steht sogar in dem gan- zen Dichtungscharakter. Arthur Schnitzler näm- lich lügt die in der rauhen Wirklichkeit höchst problematische Liebe beim „Verhältnis“ in allzu holde Märchen um. Aber der Dichter muß „Lü- gen“ können, sonst ist er feiner.

Die „Liebelei“ ist in ihrer Art ein Meisterstück und darum die Aufnahme im Spielplan immer gern gesehen. Daß man mit den Jahren schär- fer sieht — das Stück ist 1894 geschrieben — ist eine so bekannte Erfahrung, daß man sie nicht erst ansprechen braucht. Nicht nur, daß man manches als hohe Phrasenhaftigkeit empfindet und durch Hartleben und Verbaum sich feiner- zeit an dieser Art überlassen hat, man erkennt deutlich den Versuch in der Charakterzeichnung der an sich entsandten, ohne Blasphemie an Götterliche Mischgeschickten erinnernden, Chris- tine. Als die Tragik in der sozialistischen gänzlichen Versteifung („Auch von mir hat er gespro- chen...“) losbricht, wird die Wienerische Grot- tchen Millerin plöblich sehr unanu. Denn sie sagt: „In einem halben Jahre kann ich wieder lachen, was —? Und wann kommt der nächste Liebhaber?“ Die Gestalt wird mit diesen letzten Worten entkiffen aus der bisherigen einfachen Rollenführung gerissen. Aber gleich- viel: die „Liebelei“ ist ein gutes Stück und ein ungemein bezeichnendes Literatur- und Gesell-

schaftsstück, das zudem eine wirkliche Dich- tung ist.

Die Aufführung des namenlos inszenierten Schauspielers war befriedigend; durch die Leistung von Hedwig Holz als Trägerin der Jung- mädchentrage in gewissen Teilen sogar ausgezeichnet. So gelang die Christine dieser zweifellos in den Monaten des Abschieds sich immer noch hinaufentwickelnden Künstlerin gerade in der gefährlichen Schlussszene vorzüglich. Die gefähr- liche Stufe, auf der die Durchführung des Tra- gischen ins Unbegreifliche, ja Komische geraten kann, ward bewundernswert genommen. Der mimi- schen Ausdrucksgewalt gebührt eine besondere Anerkennung dabei. Robert Bärker konnte man sich eine Schattierung weniger grübelnd denken; aber die Konsequenz erbeicht Anerken- nung. Die Scharheit und brillante Sprechtech- nik der Margarete Piz (Strumpfhirtersgattin) erwarbte, ebenso die Gewandtheit der Else Noormann als Mizzi. Eine junge Krat nur mit beude du diable würde aber schon durch ihr Dasein mehr Wunder wirken. Zu schwerfällig schien mir der Theodor Bruno Schmiede als, wenngleich er ebenso wie Paul Gemme als Violinist Weiting das Spiel durchaus zu schöner Abwendung brachte. Trotz der wenigen Worte brachte Otto Kienzger den „Herrn“ zu be- stimmender Eindringlichkeit.

Theater und Musik.

Arthur Nikisch dirigentiaufblühen. Als Nikisch am 2. März 1895 sich zum erstenmal an der Spitze des Philharmonischen Orchesters des Berliner Musikvereins als Dirigent vorstellte, er- schien er als Meister in der Not. Das Experimentieren mit verschiedenen Galdirigenten hatte die Philharmoni- schen Konzerte in eine Krise hineingeführt, die für den Fortbestand der Konzerte fürchten ließ. Da er- innerte sich der verheiratete Konzertdirektor Hermann Wolff an reicher Zeit Arthur Nikisch, des tuzer Autor als Leiter der Gewandhauskonzerte nach Leipzig berufenen Musikers, den ihm schon früher Wilkom warm und dringend als Dirigent empfohlen hatte. In Nikisch war endlich der Dirigent gefunden wor- den, der als würdiger Nachfolger und Erbe Wilkom- sches die Philharmonischen Konzerte zur Höhe musikalischer Reife und weltanschaulicher Erleuchtung der Berliner Musikszene emporzuführen verstand.

Nikisch, der mit dem Berliner Publikum gleich- zeitig auch das sächsische Publikum als Leipziger

Gewandhaus-Kapellmeister begeben kann, hatte sich, als er vor 25 Jahren in Berlin das erste Philharmonische Konzert leitete, bereits als Dirigent einen Namen gemacht. Gleich nach seinem Abgang vom Wiener Konservatorium leitete er die Nummern- samkeit Witas und Wagners auf sich selbst, die in ihm den kommenden Mann erkannte und ihm eine glänzende Zukunft als Kapellmeister prophezeit haben. Auf Empfehlung Wagners leitete Angelo Neumann ihn denn auch im Jahre 1878 als zweiten Kapellmeister an das Leipziger Stadttheater berufen, wo er sich reich neben Joseph Sauer und Anton Seidel zur Geltung brachte. Als sich später die Leipziger Oberverhältnisse so sehr verschlechterten, folgte Nikisch im Jahre 1889 einem Ruf nach Weimar, um die Symphonienkonzerte des dortigen Orchesters zu leiten, mit dem er auch große Konzerte durch die Vereinigten Staaten unternahm. Nach vier- jähriger Tätigkeit in Amerika ging Nikisch dann als Kapellmeister und Oberdirektor nach Budapest, um schließlich als Gewandhauskapellmeister an den Aus- gangspunkt seiner Dirigententätigkeit zurückzukehren. Gleichzeitig übernahm er die händliche Leitung der Philharmonischen Konzerte in Berlin.

Gleich mit dem ersten Konzert — es brachte wä- schen Beethoven und Wagner und dem Solovortrag des Pianisten Joseph Hoffmann eine Symphonie Schubert'schen, dessen Orchesterwerke bis zur Stunde die am meisten bewunderten Rollenstücke von Nikisch feinerwertiger Interpretationskunst geblieben sind — hatte Nikisch die Symphonie des Berliner Musikvereins mit ihrem unbedingten Vornehmheit, ihrer weltmännlichen Eleganz und dem vielbewunde- ren Spiel seiner feinerwertigen Hände, die mit fast unmerklicher Bewegung die Orchesterstimmen be- herrschten, faszinierte das Publikum. Aber auch die Musiker waren er sofort in den Bann seiner tugend- lichen Persönlichkeit. Der, dann am 2. März 1895 im Leipziger Gewandhauskonzert, dessen Programm ein Wiederholung des ersten Philharmonischen im Jahre 1895 bringt, nur wird am Stelle Joseph Hoffmann der Sohn des Meisters als Solist wirken, der sich als Pianist bereits ebenfalls einen Namen gemacht hat.

Alfred Giese.

und Reichernährungsminister Schmidt teilnahmen, wurde einmütig eine Entschließung gefaßt, in der auf das Schicksal gegen die preussischen Landesveram- lung zugegangene Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königs von Preußen protestiert und verlangt wird, daß durch Reichsgesetz das gesamte Grund- vermögen der Krone für den Staat entzogen werde. Falls die Vorlage von den bürgerlichen Parteien be- schlossen werden sollte, sei das Ausschneiden der Sozial- demokraten aus der preussischen Regierung die selbst- verständliche Konsequenz.

Im weiteren Verlaufe der Tagung führte Kultus- minister Haenisch aus, daß es eine Unmöglichkeit sei, in einer Koalitionsregierung, die nur zu einem Drittel aus Sozialdemokraten bestehe, rein sozialdemokratische Politik zu treiben. Obgleich es für die sozialdemokrati- schen Minister keine Annehmlichkeit sei, mit den anderen Parteien zusammen zu regieren, müßten sie im Interesse des Volkes in der Regierung verbleiben, denn sonst werde die Diktatur der äußersten Rechten oder der äußersten Linken zu schweren politischen Konflikten führen, zu einer Herbeiführung, die das Land nicht ertragen könnte. In der kommenden Wahlen habe das Volk sein Geschick in der Hand. Jede der Arbeiter sei es, auf Grund des den ihr freiesten Wahlrechtes für eine andere Mehrheit zu sorgen.

Wandarlehen 1920.

Von behördlicher Seite wird uns mitgeteilt: Die außerordentliche Höhe der Baukosten macht es auch weiterhin notwendig, den Neubau von Woh- nungen durch Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Nach den neuen Vorschriften sollen die Zuschüsse künftig nicht ohne weiteres verloren sein, sondern zunächst in der Form zinsloser Dar- lehen gewährt und dann allmählich vergütet und getilgt werden, in dem Maße, als sich für die aus der steigenden Miete eine Miete ergibt; auch bei einem Verkauf des Hauses muß gegebenenfalls ein Teil des Kaufpreises zurückbezahlt werden. Soweit das Darlehen nach 20 Jahren nicht als rentierlich an- gesehen ist, soll es endgültig als vorzuziehender Ersatz gelten, der zunächst auf das Reichsdarlehen an- gerechnet wird.

Es hat sich weiter als erforderlich erwiesen, die Höhe der Zuschüsse ein für allemal fest zu be- grenzen. Da bisher in der Regel die gesamte Lieberzeugung ohne Rücksichtnahme auf die abge- gebene Miete zur Deckung der Kosten verwendet wurde, war der Bauherr daran interessiert, einen möglichst hohen Zinsfuß zu erhalten, während er andererseits kein besonderes Interesse daran hatte, sich in seinen Wohnungsanprüchen einzuklinken und hiermit und ohne zu großen Aufwand zu bauen. Diejenige Mangel konnte nur dadurch abgehoben werden, daß die Zuschüsse nach festen Einheitsmaßen und nicht über einen Höchstbetrag hinaus gewährt werden. Als geeigneter Maßstab hierfür erschien das Quadratmeter hergestellter Wohnfläche unter Fest- setzung einer Höchstzahl von Quadratmetern. Will der Bauherr über diese Zahl hinausgehen, so muß er für diesen Teil die Kosten allein aufbringen oder sich hierfür anderweitig, vielleicht von den Gemein- den oder seinem Arbeitgeber, Beihilfen verschaffen. Als Einheitsmaßstab für das Quadratmeter Wohn- fläche ist für die städtischen Gemeinden 150 M², bei Wohnungsbauteil auf dem Lande (in ländlichen Ge- meinden und kleineren Städten mit vormiegender Länd- lichen Charakter) ein solcher von 165 M², für Stadt- städten 75 M² vorgezogen; Wohnflächen sollen bis zu 70 Quadratmeter (ausnahmsweise z. B. bei Wohn- ungen für ländliche Familien bis zu 80 Qua- dratmeter), jedoch höchstens für den gesamten Teil der Wohnungen, Höchstzahl bis zu 10 Quadratmeter, bei rein ländlichen Wohnungen bis zu 40 Qua- dratmeter berücksichtigt werden.

Voraussetzung für die Gewährung von Reichsdar- lehen soll im übrigen, ebenso wie bei den früheren Darlehensdarlehen, eine entsprechende Beteili- gung der Gemeinde bestehen. Nur bei einer eigenen finanziellen Beteiligung der Gemeinde ist eine gewisse Gewähr dafür gegeben, daß nur solche Parteien errichtet werden, die einem dringenden Be- dürfnis entsprechen, und daß beim Bau die nötige Sparlichkeit beobachtet wird, so daß sich die Beihilfe aus öffentlichen Mitteln rechtfertigen läßt. Die Betei- ligung der Gemeinden ist auch im wesentlichen mög- lich, weil sie grundsätzlich Träger des gesamten Beihilfe- verfahrens bleiben müssen. Es ist deshalb vorzuzie- hen, daß die Gemeinde mindestens ein Drittel des jeweiligen Reichsdarlehens aus ihrer Mitteln darlehens- mäßig beizugt. Da die Einheitsätze des Reiches für das Reichsdarlehen zu bemessen sind, daß sie auch zu-

Kunst und Wissenschaft.

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187 I, eröffnet heute ihre 49. Sonderausstellung mit Gemälden von R. A. Arnold-Strübing, E. Willmoer, Karlsruhe, E. Heinrich, A. Fellmeier, Karlsruhe bringt neue Graphik, Gedruckt Verlags von 10 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

Von der Universität Freiburg, Prof. Dr. Ernst Fischer in Erlangen wird dem Ruf auf den Lehrstuhl der Klassischen Archäologie in Freiburg i. B. zu Ehren des H. H. Holz geantwortet; er tritt dort an Stelle von Prof. Dr. L. Curtius, der nach Heidel- berg übertritt. Dr. Fischer, geboren 1886 an der Universität in Bayern, Schüler von Curtius, war früher lange Jahre Assistent, später Assistent am Mus- eum für Abgüsse in München. Am 1. April 1919 wurde er a. o. Professor in Erlangen als Nachfolger von L. Curtius, 1916 verlieh ihm die Bayerische Akademie der Wissenschaften den Theresienorden, sein Werk „Griechische Vasenmalerei“ erschien 1914 in zweiter Auflage.

Personalien. Der Birkburaer Privatdozent Dr. med. Walter Schönfeld hat den Ruf nach Greifswald als Ordinarius auf den neu-errichteten Lehrstuhl für Haus- und Geschlechtskrank- heiten am bevorstehenden Sommersemester an- genommen. — Der Germanist Prof. Dr. Friedrich Panzer in Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für ältere deutsche Sprache und Literatur an der Universität Köln erhalten. — Der durch den Rücktritt des Professors Gerthoffen erledigte Lehrstuhl des Mathematik an der Universität Ber- lin ist dem a. o. Professor Dr. Gustav Herglotz in Leipzig angeboten worden. — Der Privatdozent für alttestamentliche Theologie und Leiter der he- bräischen Sprache in der theologischen Fakultät der Universität Marburg, Lic. theol. Dr. phil. Walter Baumgarten, ist zum a. o. Professor der Hebräer ernannt worden. — Ernannt wurde der Birkburaer Privatdozent Dr. phil. et jur. Julius Wolf zum a. o. Professor an der Universität Ber- lin; ihm wurde der durch das Ableben des Professors Bruno Winer erledigte Lehrstuhl für he- bräische Philologie übertragen. — Wie wir hören, ist der Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte an der Berliner Universität Dr. Friedrich Wal- ter vom 1. April 1920 ab als a. o. Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an die Universität Marburg berufen worden.

